

Der Krieg zwischen Israel und Palästina

Nach den bis dahin massivsten Angriffen Israels auf palästinensische Ziele hat der UNO-Sicherheitsrat mit der Stimme der USA die Resolution 1397 verabschiedet, in der Israelis und Palästinenser aufgefordert werden, auf Gewalt zu verzichten und die "Vision einer Region, in der zwei Staaten, Israel und Palästina, Seite an Seite in sicheren und anerkannten Grenzen leben", wahr werden zu lassen. Unbeeindruckt von solchen Appellen hat Israel unter dem Titel „Kampf gegen den Terrorismus“ alle relevanten Städte im sog. „Autonomiegebiet“ besetzt und abgeriegelt, um dort den Willen zu einem eigenständigen palästinensischen Staat mit Stumpf und Stiel auszurotten. Aber auch die Gegenseite tut –, soweit sie dazu noch in der Lage ist, – alles andere, als auf Gewalt zu verzichten. Beide führen nämlich einen

Krieg,

und zwar einen von der neuerdings besonders beliebten Sorte: einen ausgesprochen „asymmetrischen“ Krieg zwischen einer unendlich überlegenen regionalen „Großmacht“ und einer hoffnungslos unterlegenen, zu kaum mehr als zu selbstzerstörerischen Terrorakten fähigen Partei. Beide verfolgen klare politische Zielsetzungen. Die haben nichts mit gut oder böse, mehr oder weniger Friedensliebe, weniger oder mehr Gewaltbereitschaft zu tun, sondern schließen einander diametral aus und enthalten daher das Maß an Brutalität, das zum Krieg als Mittel der Durchsetzung gehört.

Die palästinensische Seite

führt einen Kleinkrieg, der das Niveau von privat organisierendem Terror kaum überschreitet. Er verfolgt allerdings überhaupt keine private Zielsetzung, sondern einen politischen Zweck: Die Forderung nach einem palästinensischen Staat, gleichberechtigt neben Israel auf eigenem Gelände, soll so praktisch geltend gemacht werden. Und so greifen palästinensische Selbstmordattentäter den übermächtigen Gegner an der einzigen Stelle an, die überhaupt für sie erreichbar ist. Die so geschaffenen Opfer unter seiner Zivilbevölkerung sollen Israel zu der Berechnung nötigen, ob ein Entgegenkommen sich nicht doch lohnen könnte. Dabei hütet sich die offizielle palästinensische Selbstverwaltung wohlweislich, diesen Kleinkrieg selber offiziell zu führen, dementiert im Gegenteil jede Urheberchaft, weil sie sonst im Handumdrehen genauso offiziell beseitigt wäre. Das nimmt den Attentaten aber nichts von ihrem politischen Inhalt; und es ist auch ganz gleich, ob die politischen Gruppen, die sie verüben, das im Auftrag, unter Duldung oder gegen den Willen der Arafat-Behörden tun: Die palästinensische Seite führt ihren Staatsgründungskrieg.

Natürlich tut sie das nicht bloß zu Lasten israelischer Bürger, sondern vor allem auf Kosten der eigenen Staatsbürger in spe; nicht bloß derer, die für Anschläge geopfert werden, sondern der Massen. Deren Überlebensbedingungen sind schon ruiniert; und der Rest wird auch noch aufs Spiel gesetzt, um dem Gegner die Unhaltbarkeit der von ihm geschaffenen Lage doch noch hinreichend schmerzhaft fühlbar zu machen. Das geschieht selbstverständlich zugleich unter Berufung aufs eigene palästinensische Volk: Dessen Not und Verzweiflung kann angeblich nur enden, wenn das Kriegsziel erreicht, der eigene Staat gegründet ist. Die Sachlage ist so zynisch, wie es sich für einen Krieg gehört: Das bedingungslose Streben nach palästinensischer Souveränität und das Überleben des dafür in Anspruch genommenen Volkes stehen in schärfstem Gegensatz zueinander – und zugleich ist beides faktisch deckungsgleich.

Doch an ihrem Ziel hat keine der entsprechend engagierten palästinensischen Organisationen einen Zweifel – wie auch, in der „post-kommunistischen“ Staatenwelt von heute. Die verspricht keinem Erdenbürger ein Jota mehr als die Aussicht, einem „eigenen“ Staat anzugehören und im besten Fall als kapitalistisch

nutzbar gemachtes Volkskörperchen dienen zu dürfen. Für die angewandte Methode haben Palästinenser nicht bloß in Israels eigenen Staatsgründern leuchtende Vorbilder, sondern auch eine politische Wahrheit auf ihrer Seite: Sie handeln nach dem Grundsatz, dass Staaten ohnehin nur und ausschließlich „die Sprache der Gewalt verstehen“. Die Sache hat nur den einen Haken: In der „Sprache“ antworten sie auch. Und Staaten haben dabei regelmäßig weit mehr zu „sagen“ als Organisationen, die ihnen eine eigene Staatlichkeit erst abringen wollen.

Israel

führt seinen Krieg offiziell, unter Einsatz seiner Militärmacht, mit Kampfbombern gegen „strategische“ Objekte inmitten von Flüchtlingslagern; also nicht mehr „bloß“ als eine Art Polizeieinsatz gegen „politkriminelle Elemente“. Die israelische Armee rückt frontal gegen militante Verfechter wie gegen die anerkannten Repräsentanten des palästinensischen Staatsgründungswillens vor. Ihr Auftrag heißt, die „terroristisch“ tätigen feindlichen „Kampftruppen“ zu vernichten und die Infrastruktur, auf die sie sich stützen, zu zerstören. Der Gegner soll so zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen werden: zur vollständigen und unwiderruflichen Unterwerfung unter die Bedingungen, die Israel ihm für sein Weiterleben diktiert. Deren Inhalt behält die Regierung Sharon sich vor; Angebote von der Art: wenn Arafat bestimmte Voraussetzungen erfüllt, dann erfüllt Israel bestimmte palästinensische Forderungen, wurden nie gemacht. Das einzige „Angebot“ besteht in der Aussicht auf einen Stopp des militärischen Zerstörungswerks, wenn sich in Palästina kein Widerstand gegen Israel mehr rührt.

Für dieses Kriegsziel bringt die israelische Regierung nicht bloß ein paar hundert Palästinenser um und ein paar Millionen in eine nicht mehr aushaltbare Notlage; sie nimmt auch für ihre eigenen Bürger eine Art Kriegszustand in Kauf, einschließlich der Opfer feindlicher Terrorattacken. Das tut sie selbstverständlich unter Berufung auf ihr Volk: auf dessen Recht auf ein normales, ungefährdetes Alltagsleben. Solche Normalität ist einerseits zwar unvereinbar mit dem Krieg bis zur Kapitulation, den die Regierung gegen die palästinensische Seite führt; doch nachdem sie deren Kapitulation zur Voraussetzung sicherer Verhältnisse in Israel erhoben hat, tritt der Zynismus des Krieges auch hier in Kraft: Wenn die israelische Regierung die Kapitulation der Palästinenser für den Staat Israel als unabdingbar erachtet und ihr Volk für diesen Zweck in Anspruch nimmt, dann gibt es für die Bürger Israels so etwas wie ein einigermaßen normales Leben eben auch erst dann, wenn ihre Obrigkeit ihr Kriegsziel erreicht hat. Alltägliche Sicherheit für Israelis und Unterwerfung der Palästinenser sind bei aller Gegensätzlichkeit andererseits deckungsgleich.

Und im Sinne dieses Zynismus praktiziert die Sharon-Regierung ihre eigene Art von „Vorwärtsverteidigung“: Schritt um Schritt geht sie von der Herstellung einer Zwangslage, die den palästinensischen Staatsgründern keine andere „Option“ lässt als die bedingungslose Kapitulation, über zur gewaltsamen Beseitigung der Palästinensischen „Autonomie“-Behörde (PA) und zur direkten Unterwerfung ihrer Gegner durch Wiederbesetzung der „Autonomie“-Gebiete.

Ein betreuter Krieg

Krieg geht heutzutage freilich nicht ohne imperialistische Genehmigung und Betreuung.

Israel

verfügt über überlegene Militärgewalt; sein Krieg geht aber nur auf Grund amerikanischer Unterstützung, einer milliardenschweren jährlichen Militär- und Wirtschaftshilfe, die bei Bedarf aufgestockt wird, wenn Israel – wie derzeit – durch die Intensivierung seines Kriegs zunehmend die eigene Wirtschaft ruiniert. Er

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Der amerikanische „Krieg gegen den Terror“ verändert die Welt

- Die Endlösung der „Palästinenser-Frage“ durch den israelischen Waffenbruder
- Die weltpolitische Degradierung der imperialistischen Partner und Konkurrenten aus Europa
- Das gigantische Rüstungsprogramm der mächtigsten Militärmacht des Globus: Kriegswirtschaft heute

Donnerstag, 02. Mai 2002, 20.00 Uhr
Ex-Komm, K4 im Künstlerhaus, Festsaal
Nürnberg, Königstr. 93

Weitere Termine: 13.06.02 und 04.07.02
www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

geht ferner nur dank der Billigung und Rückendeckung durch die USA. Die israelische Regierung reist deswegen in kurzen zeitlichen Abständen nach Washington, um abzuklären, wie viel Gewalteinsatz ihrerseits gegen die Palästinenser von den Amerikanern akzeptiert und mitgetragen wird, weil er deren eigenen Interessen entspricht, zumindest nicht zuwiderläuft. Sharon ist mit seinem Antrag, Washington solle offiziell alle Beziehungen zu Arafat abbrechen, nicht durchgekommen. Er durfte ihn nicht als „palästinensischen Bin Laden“ zur Rechenschaft ziehen. Allerdings hatte die US-Führung monatelang gegen seine Gefangenschaft in Ramallah nichts einzuwenden. Den israelischen Militärationen in den Territorien legte Bush keinerlei Schranken auf, sie waren als Teil des „Kampfes gegen den Terror“, den Israel in seinem Land zu führen hat, genehmigt. Wegen seiner laufenden Bemühungen um Koalitionen für die nächste Phase im Antiterrorkrieg verlangte Washington von Israel allerdings die Hinnahme einer Art von palästinensischer Staatlichkeit. Dagegen hat Sharon mit seiner Offensive „Fakten gesetzt“, und Washington hat sich zur Duldung der israelischen Aktionen entschieden. Da die Anerkennung des palästinensischen Staatsgründungswillens durch amerikanische Intervention auch in der UNO-Resolution 1397 von der „Beendigung des Terrors“ abhängig gemacht wurde, ist Israels Offensive gegen die Palästinenser von den USA und der „Staatsgemeinschaft“ offiziell als Teil des von ihnen geführten Dauer-Feldzugs gegen „den Terrorismus“ anerkannt. Damit konnte Israel seinen Krieg prächtig führen.

Die endgültige Entmachtung des Feindes läuft unter dem Titel „Zerschlagung der Infrastruktur des Terrors“ in den autonomen Territorien. So nahm die israelische Armee selbst die Aufgabe in die Hand, die die gesamte imperialistische Welt seit Monaten von Arafat verlangt hat. Nicht ohne Grund hat er vor diesem Anspruch immer „versagt“. Die Gewaltaktionen, mit denen Israel derzeit in den Autonomiegebieten zuschlägt, demonstrieren die Härte des Ansinnens: das Streben nach palästinensischer Souveränität selbst auszurotten. Bei ihren Aktionen trennt die israelische Armee nicht zwischen militanten Palästinensern und den offiziellen Kräften der Autonomiebehörde. Beide stehen für den Staatsgründungs-Willen, den Israel zerschlagen will. Weil Arafat nicht bereit ist, den Kampf gegen die Besatzung mit Stumpf und Stiel auszurotten, wird ihm der Vorwurf gemacht, er habe nie eine „strategische Entscheidung gegen den Terror“ getroffen, immer nur ein „Doppelspiel“ betrieben. Als „Kopf einer Terrorkoalition“, soll er daher, wenn er – aus Rücksicht auf die USA – schon nicht beseitigt werden kann, politisch ausgeschaltet werden. Die israelische Armee hat endgültig die allei-

nige Regie in der „Terrorbekämpfung“ übernommen. Sie zerlegt die letzten verbliebenen Einrichtungen der PA, verhaftete oder tötete alle militanten Palästinenser, derer sie habhaft werden konnte, und legte jeden PA-Polizisten um, der sich bei den Razzien in den „palästinensisch verwalteten Gebieten“ in den Weg stellte. Bei diesem Großangriff der israelischen Armee ergibt sich die systematische Ruinierung der elementaren Lebensbedingungen – Job, Wohnen, Bewegungsfreiheit – der palästinensischen Bevölkerung ganz nebenbei. Aber auch hier präsentiert sich Sharon als gelehriger Schüler seines großen Vorbilds: Wie Bush beim Afghanistan-Feldzug handelt auch er im Auftrag der „von ihrer Führung missbrauchten Volksmassen“. Einen „Marshall-Plan“ für die Linderung der durch den Krieg verschärften Not in den besetzten Gebieten hat er bereits in der Schublade. Finanzieren sollen ihn allerdings die „arabischen Brüder“, insbesondere Saudi-Arabien.

Die „militärische Lösung“ des israelisch-palästinensischen Konflikts wird also munter vorangetrieben. Nachdem die Optimallösung, eine Deportation der Palästinenser in die arabischen Nachbarländer, bei den USA nicht durchsetzbar ist, wird im Verlauf des Kriegs Zug um Zug eine Israel genehme Nachkriegsordnung durchgesetzt: Zur Separierung des palästinensischen Volkes vom eigenen unter der Gesamtaufsicht Israels werden derzeit verschiedene, sich ergänzende „Modelle erprobt“: Erstens die Einzäunung der palästinensischen Territorien – mit israelischer Kontrolle auf beiden Seiten der Absperrung, zweitens die Einrichtung von „Schutzzonen“ um die israelischen Städte herum, die an palästinensische Territorien grenzen (nach dem Vorbild der ehemaligen Sicherheitszone zum Libanon), drittens die ständige Überwachung der palästinensischen Bevölkerung und ihre gewaltsame Kontrolle durch mobile Einsatzkräfte und viertens die Liquidation jeglichen Willens zu einem eigenständigen Palästinenserstaat.

In der Abtrennung der palästinensischen Bevölkerung von der jüdischen und ihrer vollständigen Kontrolle durch die israelische Armee sieht Israel nicht nur die im Augenblick machbare „Interims-Lösung“ im israelisch-palästinensischen Konflikt, sondern auch die notwendige Voraussetzung für die eigene aktive Teilnahme am US-Antiterrorkrieg gegen benachbarte Staaten in der Region. Die Herstellung der Sicherheit vor Angriffen auf dem eigenen Territorium hält Sharon für unerlässlich, um an der Seite der Amerikaner in den Krieg gegen die Schurkenstaaten eintreten zu können. Denn Israel will endlich seine von den USA gesponserte militärische Stärke auch nach außen einsetzen können und nicht ewig den USA die Kontrolle der übrigen Mächte in der

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Ökonomische Dogmenlehre

Vorbemerkung

Der Mensch arbeitet; konsumiert; denkt sich nichts weiter dabei, oder dass die Wirtschaft mit ihrem Warenangebot und ihren Preisen mehr oder weniger unpraktisch, aber letztlich für ihn eingerichtet wäre – und täuscht sich bereits. Sagt jedenfalls die Wissenschaft von der Ökonomie. Denn sie kennt Zusammenhänge, die das Arbeiten und Konsumieren beherrschen, ohne dass es einer ahnt: Sie kriegt sie ja erst heraus.

Der moderne Staatsbürger kennt sich aus, weiß um den Gewinn als Unternehmerzweck, sorgt sich um die Staatsverschuldung – und täuscht sich schon wieder. Jedenfalls vom Standpunkt der Wissenschaft aus, die wichtigere Zwecke ermittelt haben will als das Interesse eines Unternehmers an seinem Profit, wesentliche Abhängigkeiten als die des Schuldners vom Gläubiger. Von den Funktionszusammenhängen, die sie herausfindet und in ziemlich lange Formeln verpackt, besitzen nicht einmal die Macher der Wirtschaft, die Unternehmer und Politiker, die rechte Kenntnis: Ihnen gegenüber nimmt die Wissenschaft von der Ökonomie den Standpunkt des beratenden Experten ein, dem kein materielles Interesse den Blick auf die Sachgesetze trübt, denen sogar die wichtigsten und machtvollsten Interessen, genau betrachtet, untergeordnet sind.

Der Bescheid, dass nicht einmal die maßgeblichen Macher des ökonomischen Geschehens dessen Prinzipien auch bloß theoretisch im Griff haben, aber auch gar nicht unbedingt zu durchschauen brauchen, um sie zu betätigen: dieser Standpunkt der Wissenschaft wundert niemanden; seltsam ist er dennoch. Denn wer sonst, wenn nicht die Beteiligten selber, hat und setzt ökonomische Zwecke, macht sich von anderen und andere von sich abhängig? Die Wissenschaft geht dennoch, wie mit der größten Selbstverständlichkeit, davon aus, dass ausgerechnet bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Produktion und Versorgung Wille und Bewusstsein der Produzenten und Konsumenten keine wirklich entscheidende Rolle spielen; dass sie mit ihren Interessen den ganzen Laden nicht *bestimmen*, sondern begriffslos *bedienen*; mehr oder weniger sachgerecht. Und schon das ist ein *Urteil* über diese Wirtschaftsweise. Wenn der wissenschaftliche Sachverstand befindet, dass deren maßgebliche Zusammenhänge und Funktionsweisen allesamt erst einmal zu erforschen, aus den Interessen der Beteiligten als dahinter liegende Gesetzmäßigkeiten zu ermitteln sind, dann fügt sich das Arbeiten und Verbrauchen tatsächlich *nicht* den Überlegungen, Plänen, Bedürfnissen, Absprachen, kurzum: dem absichtsvollen Tun und Lassen der Leute. Dann fallen offensichtlich die Zweckerationalität der Subjekte und die „Zweckerationalität“ des Ganzen sehr prinzipiell auseinander, und dann muss es schon so sein, dass die letztere die erstere beherrscht und nicht umgekehrt. Dann erfüllt die „Marktwirtschaft“ in ihrem wirklichen Ablauf den Tatbestand der „Fremdbestimmung“: Die Leute denken sich das Ihre, aber der wirkliche ökonomische Zweck ihres Treibens spielt sich „hinter ihrem Rücken“ ab.

Diese Formulierung stammt vom ersten wissenschaftlichen *Kritiker* des ökonomischen Geschehens: und kritisch ist der Standpunkt der Wissenschaft allemal. Denn die Aufdeckung unabsichtlich herrschender „fremdbestimmender“ Abhängigkeiten ist prinzipiell die theoretische Aufhebung und insoweit die Kritik und Zurückweisung des Missverhältnisses zwischen subjektiver Zwecksetzung und „objektiver“ Gesetzmäßigkeit. Die Erforschung gesellschaftlicher Verhältnisse, die von den Gesellschaftsmitgliedern nicht wirksam bestimmt, sondern bedient werden, zielt ihrer Form nach auf Prüfung der tatsächlichen Bestimmungsgründe des ganzen Zirkus, die so ja offenbar niemand für gut befunden und gewollt hat; auf die theoretische „Aneignung“ der Ökonomie; also in der Konsequenz auf Abschaffung dieses Verhältnisses der Unterordnung der Interessen unter blind wirkende angebliche Sachgesetze ihres Zusammenhangs. Was die Volkswirtschaftslehre also im Ausgangspunkt ihrer Suche nach Gesetzen der Marktwirtschaft unterstellt, ist der Sache nach

der Einstieg in eine Kritik dieser Wirtschaftsweise.

Genau diese kritische Konsequenz aus ihrem eigenen Ausgangspunkt will diese Wissenschaft aber nicht ziehen. Sie setzt sich in Positur; sie verspricht das unbegriffene und begriffslos waltende „Geheimnis“ der Ökonomie aufzudecken; und was auch immer sie als Ergebnis ihres Nachdenkens anbietet, sie wirbt *dafür*. Ermittelt haben will sie nämlich sachlich ganz unabwiesbare, jedem gesunden Menschenverstand unbedingt einleuchtende Abstimmungs-, Koordinations-, Verteilungs- usw. *Probleme*, um deren Lösung es der zu erklärenden Wirtschaft ginge. Dabei hält sie sich erst gar nicht damit auf, die tatsächlich verfolgten ökonomischen Zwecke und deren Abhängigkeiten von ihren Mitteln zu begreifen, sie entgegen all den Täuschungen, die die Wirtschaftssubjekte damit verbinden, auf ihren Begriff zu bringen. Sie nimmt sich statt dessen ganz selbstbewusst die Freiheit, von sich aus, mit ihrem „gesunden Menschenverstand“, „Grundfragen jeder Ökonomie“ zu formulieren, die sie auch der „Marktwirtschaft“ als deren *eigentliche Aufgabe unterstellt*. Statt ihren Gegenstand zu erklären, trifft sie über ihn plausible Annahmen.

Plausibel jedenfalls für die Gemeinde der Wirtschaftswissenschaftler, die mit ihren Annahmen ja nicht bloß die Gemeinplätze des Bürgerbewusstseins wiedergeben, sondern auf Höheres hinaus wollen: Aus den „Grundfragen jeder Ökonomie“ sollen sich zwingend all die bestimmten, mit der Marktwirtschaft verbundenen gesellschaftlichen Mittel als „rationale“ „*Lösungen*“ jener Grundprobleme ergeben. Dafür verzichtet die Wissenschaft von der Ökonomie darauf, im Wirtschaftsgeschehen den quasi dinglichen Zusammenhang aufzudecken, dem das bewusste Handeln der Leute folgt und dient wie einer natürlichen Voraussetzung. Sie ersetzt diese theoretische Anstrengung durch den Beschluss, ökonomische Funktionszusammenhänge zu *konstruieren*, indem sie alles, was es im Kapitalismus so gibt – Lohn, Preis und Profit eben – als „Lösung“ entsprechend zurechtgelegter Grundprobleme ausgibt. Die Volkswirtschaftslehre fasst die *Idee des sinnreichen Mechanismus* und macht gar kein Geheimnis daraus, dass sie ihre Grundproblemlösungen für „jedes Wirtschaften“ im Geiste dieser Idee *erfindet*. Sie *postuliert* eine „gute“ Zweckmäßigkeit in der Ökonomie. Und sie erfüllt sich ihr eigenes Ideal, indem sie die entsprechend ausgesuchten Bestandteile ihrer Problemstellungen in die Form von Funktionsbehauptungen und pseudomathematischen Funktionsgleichungen bringt. Auf diese Weise *stiftet* die ökonomische Wissenschaft in der Theorie funktionale Abhängigkeiten und Zusammenhänge, für die gar nichts weiter spricht, als dass sie sich für die Konstruktion eines (immer komplexeren) Lösungsmodells plausibler ökonomischer „Grundfragen“ verwenden lassen. Die *Idee*, der Kapitalismus sei eine einzige große und sinnvolle Funktionsgleichung, beherrscht die wissenschaftliche Szene; sie wahrzumachen, in Bildern und Formeln vom Gleichgewicht umzusetzen, ist das, was in dieser Wissenschaft „Theorie“ heißt.

So wirbt die Volkswirtschaftslehre für ihren Gegenstand. Das theoretische und praktische Ärgernis, von dem sie ausgeht – das Produzieren und Verbrauchen folgt Gesichtspunkten, die das Funktionieren des Ganzen zum Rätsel und zur „Fremdbestimmung“ aller wirklichen Interessen machen –, löst sie theoretisch nur in einem Sinn auf: Es wird mit dem Entschluss begrüßt, es *sinnvoll* zu finden, nämlich als Problem plausibel, als Lösung „mathematisch“ zwingend. Deswegen kommt es dieser Wissenschaft auch praktisch überhaupt nicht darauf an, dass die Dienstkräfte dieser Ökonomie ihre diesbezüglichen Täuschungen überwinden, sich die Funktionsprinzipien des ganzen Ladens, denen sie begriffslos untergeordnet sind, klar machen und das Wirtschaften wirklich vernünftig einrichten – so dass die nachträgliche Erkundigung nach seinem beherrschenden Zusammenhangs-„Geheimnis“ überflüssig wird. Statt dessen macht sie ein Angebot, die Welt der Wirtschaft so, wie sie ist, für gut und sinnvoll anzusehen.

Die wissenschaftliche „Entlarvung“ der marktwirtschaftlichen „Sachgesetze“ hinter den Interessen, die die Beteiligten wirklich verfolgen, ist von der Volkswirtschaftslehre also ganz und gar *konstruktiv* gemeint. Nämlich, durchaus selbstbewusst, als *Empfehlung* der Sache – im Namen dessen, wie vernünftig, automatisch, berechenbar usw. sie „*eigentlich*“ läuft. Die wissenschaftliche „Aufklärung“ dient da der *ideologischen Mystifikation* der Sache.

So fügt die Volkswirtschaftslehre dem falschen Bewusstsein der Leute über „ihre“ Marktwirtschaft, gegen das sie – als Wissenschaft – polemisch antritt, eine zu kompletten Theoriegebäuden ausgearbeitete Methode der Verfertigung von Deutungen hinzu¹: Für jemanden, der wissenschaftlich an die Sache herangeht, noch ein Zeugnis mehr gegen die Vernünftigkeit dieser Wirtschaftsweise.

Knappheit

- ein Grunddogma der VWL

Vor 200 Jahren untersuchten Ökonomen „die Natur und die Ursachen des *Reichtums* der Nationen“ (Adam Smith). Heute, da dieser Reichtum in den Einkaufsstraßen der Großstädte, im Wirtschaftsteil der Zeitungen, auf Staatsempfängen und im Militärhaushalt in ganz anderer Fülle und Wucht in Erscheinung tritt als zu Zeiten der „Klassiker“, sehen deren theoretische Nachfolger ihren Gegenstand genau umgekehrt. Das moderne „Wesensmerkmal für den Gegenstand unserer Disziplin“ heißt *Knappheit* und ist der Ökonomie zur fortwährenden „Bewältigung“ aufgegeben. Immerwährende Knappheit soll die elementare Voraussetzung „allen Wirtschaftens“ sein, aus der die Existenznotwendigkeit der Ökonomie ebenso bleibend hervorgeht wie deren besondere Gesetze.

„*Wirtschaftliche Probleme entstehen dadurch, dass im Hinblick auf die Befriedigung menschlicher Wünsche und Ziele die vorhandenen Mittel zu knapp sind und daher nicht in einer beliebigen, sondern in einer möglichst wirkungsvollen Weise zu disponieren sind. Alles Wirtschaften geschieht unter dem Zwang der Begrenztheit der Mittel. Wo Überfluss herrscht, fehlt die Voraussetzung zur Ökonomie. Die Knappheit bildet also ein Wesensmerkmal für den Gegenstand unserer Disziplin. Ohne Knappheit gibt es keine wirtschaftlichen Probleme, keine Preise, Löhne, Zinsen, Mieten, nicht einmal Geld und weder Armut noch Reichtum, sondern die immerwährende Befriedigung und Sattheit: das Schlaraffenland.*“ (Häuser, Volkswirtschaftslehre)

„*Zentrale Probleme unserer Wirtschaft sind somit die Bewältigung der Knappheit der Güter, das Zustandekommen der Entscheidungen über die Verwendung knapper Güter sowie die Institutionen und Koordinationsmechanismen für die Abstimmung der Entscheidungen.*“ (Böventer, Mikroökonomie)

Der volkswirtschaftliche Knappheitsgedanke ist verkehrt. Er lässt sich nicht so auf das Verhältnis von Gütern und Bedürfnissen ein, wie es vorkommt. Er ist nicht die Feststellung, dass diese oder jene oder sogar viele Güter nicht in dem Umfang vorhanden sind, in dem sie benötigt werden. Die Konsequenz davon wäre nämlich denkbar einfach: Die Güter beschaffen. Und ist dies nicht möglich, so bleiben einige Bedürfnisse unbefriedigt.

Knappheit soll nicht die Überschrift zu einem langen Wunschzettel sein, dessen einzelne Wünsche dann nach und nach entweder erfüllt oder nicht erfüllt werden. Mit der Subsumtion jedes unbefriedigten Bedürfnisses unter den Titel „Knappheit“ ist die Frage, welche Bedürfnisse von wem auf der Strecke bleiben, für ebenso uninteressant erklärt, wie die Frage, ob sich an dem Mangel etwas ändern lässt. Es geht um die Bedürfnisse und die Güter und deren Verhältnis und Missverhältnis *überhaupt*. Bloß – wie soll zwischen der Menge aller vorhandenen Güter und der Menge der gewünschten Güter ein Verhältnis bestehen?

Ein Verhältnis und deshalb u.U. auch ein Missverhältnis besteht zwischen einem Bedürfnis und *seinem* Mittel der Befriedigung. Ein Bedürfnis hat einen bestimmten Inhalt und Umfang; und entsprechend ist das Mittel von spezifischer Beschaffenheit und Menge. Zu einem Appetit gehören etwa zwei Semmeln und vier Würstchen, und wenn er nur zwei Würstchen kriegt, ist der Mensch nicht zufrieden. Der Ökonom tut so, als ließen sich die verschiedenen Bedürfnisse in irgendeiner Weise sinnvoll zusammenfassen und als eine Größe vorstellen. Dieses Universalbedürfnis hat al-

lerdings den Haken, gar nichts Bestimmtes mehr zu wollen, es ist also das glatte Gegenteil einer Aufsummierung der verschiedenen Wünsche. Es ist ein Widerspruch, von dem menschlichen Bedürfnis schlechthin, einer falschen Abstraktion also, handeln zu wollen und ihm zugleich Eigenschaften, hier eine Größe, zuschreiben zu wollen, die bloß dem konkreten Bedürfnis zukommen.

Auf der Seite der Güter denkt sich der Ökonom den gleichen Unsinn aus: Er fasst alle Güter zusammen. Natürlich fängt er nicht ernsthaft das Zählen an oder macht eine Inventur dessen, was in der Gesellschaft an Gütern vorhanden ist. Aber auf die Vorstellung einer irgendwie gearteten Summe will er schon raus, um jetzt zwischen der von allen Eigenarten befreiten Gütermasse und dem völlig unbestimmten menschlichen Bedürfnis eine *quantitative* Beziehung festzustellen: Eine prinzipiell uneinholbare Differenz zwischen Bedürfnissen, die man nicht kennt, und Gütern, von deren Spezifik man nichts wissen will: $B(\text{edürfnisse}) > G(\text{üter})$

Was dieses vom Ökonomen als „Grundtatsache“ jeder Wirtschaft eingeführte Verhältnis also zu einer prinzipiell geltenden Ungleichung macht (unberührt von vollen Kaufhäusern oder unabsetzbaren Lagern), hat also mit Eigenschaften von Bedürfnissen und Gütern nichts zu tun. Als das maß- und kriterienlose Missverhältnis zwischen endlich (auf Seiten der Güter) und unendlich (auf Seiten der Bedürfnisse) ist Knappheit selbst nur ein Bild für Nichtentsprechung.

Was am *Anfang* aller Ökonomie als deren *Grund* stehen soll, ist also pure Metaphysik: eine ebenso universelle wie maßstabslos gedachte Beschränktheit. Die Mittel reichen grundsätzlich nie zur Befriedigung der Bedürfnisse, die Bedürfnisse schließen ihrer eigenen Natur nach ihre Befriedigung grundsätzlich aus.

Moderne Ökonomen definieren sich so vor jeder Befassung mit Preisen, Löhnen etc. einen ebenso aparten wie unlösbaren Widerspruch zurecht: Sie erklären die Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse zum Anliegen „allen Wirtschaftens“ und konstatieren *zugleich* die Unmöglichkeit dieses Bemühens.

Vielfraß Mensch mit knappen Ressourcen

Wie begründet nun die Ökonomie, dass zwischen Gütern und Bedürfnissen immerzu eine prinzipielle Ungleichung, also „Knappheit“ herrscht?

Zur Illustration einer wünschenswerten, aber irrealen Alternative flüchtet sich mancher Ökonom in die Welt des Märchens: Wir leben nicht in einem überquellenden Schlaraffenland, wo einem die Tauben fertig gebraten in den Mund fliegen. Bloß weil einem die Tauben nicht gleich fertig gebraten in den Mund flattern, weil man also die Gegenstände des Bedürfnisses erst *produzieren* muss, soll es einen unaufhebbaren Taubenmangel geben?

Aber stößt nicht jede Produktion auf das Problem von „knappen Ressourcen“? Für diese Vorstellung sind Hinweise auf Vorstellungen vom Versiegen der Ölfelder erwünscht, solange sie nicht ernst genommen werden. Denn dann ist eben das *Öl* „knapp“ und nicht „alle“ Ressourcen und damit Güter; weshalb das vorhandene Öl noch eine *Zeit* reicht, in der man sich eben um Ersatz bemüht. Solche Überlegungen schließen sich an das „Konstatieren“ der Knappheit von Ressourcen an.

Wenn sich ökonomische Philosophen der anderen Seite ihrer Ungleichung $B > G$, also *dem Menschen* und seinem *Bedürfnis* zuwenden, kommt zwar kein einziger Wunsch mehr vor, dafür tieferschürfende Betrachtungen über die menschliche Existenz. Der Mensch ist erstens ein Nimmersatt, einer, dem auch nach dem 12. Stück Sahnetorte nicht übel wird, sondern dessen Appetit ungebrochen weiterbesteht. Weil er den Hals nie voll kriegt – auf ökonomisch heißt das Nichtsättigungsannahme – ist es unmöglich, ihn zufriedenzustellen. Aber auch hinsichtlich der Anzahl seiner Bedürfnisse ist

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 Mitte

**Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E. Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

DER KRIEG ZWISCHEN ISRAEL UND PALÄSTINA**Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4**

Region überlassen müssen. Die US-Regierung deutet an, dass sie sich durchaus eine Einbeziehung der israelischen Armee in ihren Krieg vorstellen kann. Beim Besuch in Washington hat Sharon Bushs Einverständnis erhalten, dass Israel nicht – wie 1990/91 – stillhalten muss, wenn die USA den Irak angreifen. Sharon hofft, dass sich möglichst bald sein schon unmittelbar nach dem 11. September geäußelter Wunsch erfüllt und Israel als engster Verbündeter der USA an deren Seite im Antiterrorkrieg zum Einsatz kommt.

Die „Palästinensische Autonomie“

existierte überhaupt nur auf Grund amerikanischer Lizenz und mit Unterstützung aus dem Ausland. Arafats Palästinensische Autonomiebehörde war immer eine *Kreatur* ausländischer Interessen, weil sie nie über eigene Mittel verfügte, ihre Interessen geltend zu machen. Dank Sharons Kriegsführung und Bushs Segen ist nun selbst damit Schluss. Die materielle Grundlage für die Wahrnehmung quasi-staatlicher Funktionen hat Israel zerbombt. Der in Restbeständen noch verfügbare Polizeiapparat ist ständig im Visier der israelischen Armee. Trotz seiner Entmachtung durch Israel kapituliert Arafat nicht und weigert sich auch standhaft, ins Exil zu gehen. Wenn sonst schon nichts von Oslo übrig geblieben ist, will er wenigstens den von der „internationalen Gemeinschaft“ in der neuesten UNO-Resolution anerkannten *Rechtstitel* auf Gründung eines palästinensischen Staates aufrechterhalten. Doch auch der ist nicht umsonst zu haben. Der PLO-Chef wird mit Ansprüchen eben dieser

„internationalen Gemeinschaft“ konfrontiert, deren Erfüllung die PA nach innen wie nach außen immer mehr diskreditiert. Nachdem die USA im Januar festgestellt hatten, Arafat befände sich „am Rande des Terrorvorwurfs“, schickte er eine Demutsadresse nach der anderen in Richtung Washington: In einem Artikel für die „New York Times“ verzichtete Arafat auf die Rückkehr der Flüchtlinge bei „Endstatus-Verhandlungen“; danach übernahm er die politische Verantwortung für das Schmuggel-Schiff „Karine A“, beteuerte aber gleichzeitig, nichts davon gewusst zu haben; und schließlich schickte er an Powell eine 17-seitige Liste seiner Maßnahmen gegen die „Infrastruktur des Terrors“. Die Antwort der Amerikaner war immer die gleiche: Ein Schritt in die richtige Richtung, aber wo bleiben die Taten? Bisher sei eine „Absage an die Option auf Terror nicht wirklich erfolgt“. Im Innern befahl der Palästinenserchef immer wieder Verhaftungen radikaler Palästinenser, Schließungen von deren Büros und Sperrung ihrer Gelder und provozierte bei seinen Landsleuten damit Aufruhr und Gewalt gegen seine eigenen Sicherheitskräfte. Auf Verlangen der USA ordnete er sogar an, Leute aus der ihm treu ergebenen Fatah-Gruppierung Force-17, seiner „Präsidentengarde“, als Terroristen festzunehmen. Daraufhin verweigerten ihm seine obersten Sicherheitschefs den Befehl. Prinzipiell kündigten sie ihm allerdings nicht die Gefolgschaft. Unter den jetzigen Bedingungen ist seine Person das einzige, was vom Willen zu einem palästinensischen Staat überhaupt noch übrig ist.

KNAPPHEIT**Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4**

der Mensch unersättlich. Kriegt er ein Auto, will er gleich ein Haus, hat er das, soll's auch noch Kaviar sein usw. usf. Der Witz bei dieser Vorstellung ist das usf. Jedes neue Bedürfnis in der Reihe belegt ja gerade nicht *seine* Unerfüllbarkeit (warum eigentlich nicht Auto, Haus und Kaviar?), sondern der Hinweis auf die Entstehung immer neuer Bedürfnisse, die man jetzt noch gar nicht kennt, soll das Argument für Mangel hier und jetzt sein.

Der Preis als Appetitzügler

Bloß: Wenn der Mensch wirklich der *Moloch* wäre, als den der Ökonom ihn vorstellig macht, wieso soll ihm dann ausgerechnet mit „ökonomischem Handeln“ geholfen sein? Wieso soll dann *irgendeine* Entscheidung über „knappe Güter“ *besser* sein als eine andere, wenn dem Nimmersatt sowieso nicht beizukommen ist? Knappheit zum Grund des Wirtschaftens, zum Grund aller ökonomischer Erscheinungen zu machen, ist absurd: Wenn Mangel herrscht und Mangel bleibt, dann ist alles entschieden. So prinzipiell Knappheit als Nichtentsprechung von B und G konstruiert ist, so wenig ist eine „Lösung“ dieses Problems im Sinn von „nicht mehr ganz so unangemessen“ denkbar. Es bleibt die ebenso prinzipielle gute Meinung von jedweder Ökonomie: Sie stellt den Menschen besser. Besser als was? Diese Frage ist unzulässig.

Der ganze Auftakt dieser Wissenschaft ist also nur dazu gut, die „Wirtschaft“ darüber gutzuheißen, dass sie sich an Knappheit und den daraus folgenden angedichteten *Problemen* abarbeitet: „Bewältigung der Knappheit“, „Entscheidung über knappe Ressourcen“, „Koordination“. Die Behauptung, dass aus Knappheit alle die bekannten Einrichtungen und Erscheinungen *unserer* Wirtschaft folgten, gibt es auch ganz ohne den Schein einer damit erreichbaren *Verbesserung* der Lage:

„Da aber in der Tauschwirtschaft nicht jede Nachfrage befriedigt werden kann, so muss die Tauschwirtschaft über ein Mittel verfügen, um die Nachfrage in angemessener Weise einschränken zu können. Dieses Mittel ist der Preis.“ (Cassel, *Grundgedanken der theoretischen Ökonomie*, S. 44f.)

Das ist gut: Wenn es knapp zugeht, dann ist Beschränkung nötig. Sinnenker sind dazu in der Lage, als Prämisse und Schluss dasselbe anzuführen. Knappheit, deshalb Knappheit: In dieser Formulierung macht es keinen Sinn. Verdoppelt in Problem und Aufgabe soll es glaubhaft sein: Weil Knappheit herrscht (= das Problem), deshalb ist es die Aufgabe der Ökonomie Knappheit = Beschränkung herzustellen. So erfährt man, wozu der Knappheitsgedanke gut ist: Was es an wirklicher Beschränkung durch die Marktwirtschaft gibt,

dient der Universalaufgabe „Bewältigung der Knappheit“.

P.S.

Dem Knappheitsgedanken ist anzumerken, dass er dem *Kapitalismus* entnommen ist. Wer Knappheit von Gütern sagt, anerkennt nämlich prinzipiell die Geltung von Bedürfnissen. Davon geht er aus, wenn er den vorhandenen Reichtum für zu wenig befindet. Die Wünsche von Leuten hätten keine Geltung, wenn die Ökonomie nicht in der Lage wäre, jeden Gegenstand zu ihrer Befriedigung herzustellen. Der Knappheitsdenker geht also von einer Wirtschaftsform aus, die sich durch Naturbeherrschung auszeichnet, in der Leute nicht von der Hand in den Mund leben, sondern über die technischen Mittel verfügen, mit deren Hilfe sie die Natur ihren Zwecken gemäß benutzen. Die Rede von der Knappheit unterstellt zweitens, dass es verbreitet ist, dass einer nicht kriegt, was er will. Dieses Faktum unter dem Titel Knappheit in eine *Voraussetzung* der Ökonomie umzudeuten, stellt die Sache auf den Kopf. Bei dem zitierten Mangel kann es sich nur um ein Merkmal der vorliegenden Ökonomie, um eine Folge der in *ihr* gültigen Zwecke handeln.

Reichtum und Mangel *nebeneinander* – verteilt auf verschiedene Klassen, darauf beziehen sich also die Ökonomen; die Knappheit an Geld derer, die von ihrer Arbeit leben, verfädeln sie in eine natürliche Knappheit, welche Wirtschaften = Beschränkung notwendig macht. Knappheit des *Geldes* für den Zweck, sich die nötigen Güter zu kaufen, ist nämlich etwas ganz anderes als *Güterknappheit*. Lohnarbeiter bzw. Konsumenten auf dem Markt stehen auf doppelte Weise über das *Geld* in einem Verhältnis zu den Gütern. Das Geld, das sie für den Erwerb ihrer Lebensmittel einsetzen, dient als Einnahme wie als Ausgabe der Vermehrung von Kapital: Löhne sind Kosten, die niedrig zu sein haben, die Preise der Waren sind Erträge, die hoch zu sein haben – damit der Gewinn sich einstellt. Natürliche Knappheit als Begründung der Wirtschaft – es gibt keine bessere Rechtfertigung für eine Ökonomie, welche im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital die Knappheit der Lebensmittel für die Massen fest vorgesehen hat.

¹ Wer sich ausführlich mit dem *Theoriegebäude der VWL und BWL auseinandersetzen möchte, dem sei die Broschüre „Kritik der bürgerlichen Wissenschaft: Glaubenssätze und Methoden der nationalökonomischen Weltanschauung“ empfohlen. Für Euro 5,- erhältlich bei der SG oder zu bestellen bei: Gegenstandpunkt Verlagsgesellschaft mbH, Türkenstr. 57, 80799 München; Tel.: 089/272 16 04, Fax: -16 05, gegenstandpunkt@t-online.de*

Die Konkurrenz zwischen den USA und der EU**Die USA**

bauen den Krieg Israels in ihr „anti-terroristisch“ revidiertes Kontrollregime über die Nahost-Region ein. Die US-Regierung hat die Rede vom „Friedensprozess im Nahen Osten“ aus ihrem Vokabular gestrichen, weil sie den Schein tilgen will, die USA stellten sich in den Dienst einer übergeordneten Aufgabe, der Aussöhnung zweier Völker: Juden und Palästinenser/Araber. Die Lösung des Nahost-Konflikts soll nun auch von allen anderen Nationen als das akzeptiert werden, was sie aus Sicht der USA schon immer sein sollte: die Herstellung einer Ordnung, die den strategischen Interessen Washingtons in der Region entspricht. Bush will den Maßstab „gerechter Vermittlung“ aus dem Verkehr ziehen. Die Unterstellung, beide Seiten hätten gegensätzliche, aber *gleichberechtigte* Interessen, hält er für unangebracht und störend. In Israel sehen die USA die einzig zuverlässige Macht in der Region, die sie darum auch mit der Kontrolle ihrer Nachbarn betrauen. Darum gilt jetzt jegliche Feindschaft gegen diesen Freund Amerikas als Terrorismus.

Damit entfällt für die arabische Seite jeder Anspruch auf irgendeine *Gegenleistung* für die Aufgabe der in den nationalen Interessensgegensätzen begründeten Feindschaft gegen den Judenstaat. Wenn es um unbedingte Unterordnung geht, gibt es nichts mehr zu verlangen. Am „Anti-Terror-Krieg“ vor ihrer Haustür sollen alle arabischen Staaten sehen, was ihnen blüht, wenn sie sich dem Regime der USA nicht unterwerfen.

Zurechtgewiesen werden damit aber auch die Nationen, die sich immerzu als die *alternativen* Vermittler ins Spiel bringen wollen: die Russen und die Europäer. Ihr gutes Verhältnis zur arabischen Seite, das sie bisher als „Mit-Vermittler“ qualifizieren sollte, ist bestritten und klingt jetzt ziemlich verdächtig. Anlässlich des vor wenigen Wochen eingebrachten europäischen Vorschlags, das „Quartett“ – die Nahostbeauftragten der USA, UN, EU und Russlands – als eigene Institution zu nutzen, die mit ihrer geballten Autorität an beide Seiten Forderungen stellen und damit die „Spirale der Gewalt durchbrechen könnte“, sprechen die USA ganz undiplomatisch aus, dass drei aus dem Quartett die US-Lizenz zur Nahostmission verloren haben. Die USA *brauchen* und *wollen* keine „Unterstützung“. Powell verweist darauf, dass die USA längst das Verfahren für die Konfliktregelung festgelegt haben. Alternative Vorschläge und Vermittlungsbemühungen könnten für die Palästinenser nur ein „falsches Signal“ sein, dass sie mit ihrem Terror doch noch etwas erreichen. Einmischung in die Regelung des Konflikts grenzt an Sabotage des laufenden US-Programms. Voller Empörung beschwert sich Powell, die Europäer „seien offenbar daran interessiert, ihre ‚eigenen Lösungen‘ für den Nahost-Konflikt zu suchen“. Sie setzten sich glatt über die Richtlinien der USA hinweg und seien „zum Beispiel nicht bereit, Iran wegen seiner Waffenlieferungen an die Palästinenser ‚zur Rede zu stellen‘. Ihre Kritik (an Bushs Rede von der Achse des Bösen) sei deshalb ‚inkonsequent‘.“ (SZ 15.2.)

Die EU

sieht sich erstens durch Israels Krieg, zweitens durch die Kriegspolitik der USA dazu herausgefordert, den Nahen Osten als ihr eigenes Sicherheitsproblem zu definieren, also Zuständigkeit zu reklamieren. Die Palästinenser-Autonomie haben die Europäer schon immer als ihr Projekt angesehen. Durch ihre Betreuung sollen die Ansprüche der PLO auf ein mit Israels und den US-Interessen verträgliches Maß reduziert, insoweit aber auch zur Geltung gebracht werden. Als Freund Israels und zugleich Anwalt Palästinas will sich Europa Respekt und Einfluss in der „demnächst vor seinen eigenen Grenzen liegenden“ Nahostregion verschaffen. Den Aufbau eines Rundfunks, eines Flughafens etc. für die PA haben Deutschland und die anderen europäischen Staaten als Investition betrachtet, die sich politisch auszahlen sollte. Diese Symbole eines Staatswesens in spe, für das die EU die Patenschaft übernommen hat, wurden von Israel zerbombt, und der Krieg zerstört das gesamte groß angelegte Projekt: Israels martialisches Vorgehen gegen die Palästinenser lässt keine Linie mehr zu, auf der palästinensische

Interessen mit Israels Position verträglich gemacht werden könnten. Israel, das sich die Zerstörung der PA als „Schutz der jüdischen Bevölkerung vor palästinensischem Terror“ mit dem Placet aus Washington erlaubt, verbittet sich explizit jegliche politische Vermittlungsbemühung Europas, erst recht jegliche Kritik an seiner „exzessiven Gewaltanwendung“. Sharon pocht auf das „Recht der Juden auf Selbstverteidigung“ und verbittet sich jegliche „Einmischung in innere Angelegenheiten“. Über europäische Regierungen äußert er sich in der Regel despektierlich: durch ihre „Parteilichkeit für die Araber“ würden sie sich selbst disqualifizieren. Peres darf dazu die verständlicheren diplomatischen Gesten und Sprachregelungen nachliefern; denn Israel sucht nicht die Konfrontation mit der EU um jeden Preis.

Die EU will sich das Projekt einer Einflussnahme auf die Verhältnisse im Nahen Osten durch die Förderung der palästinensischen Autonomie, auf das sie seit Jahren setzt und in das sie zig Millionen investiert hat, nicht einfach wegnehmen lassen. Ohne sich mit Israel offen anzulegen, versuchen die europäischen Regierungen Sharons politische Linie auf diplomatischer Ebene zu konterkarieren. Die durch die USA vollzogene Einordnung des israelischen Kriegs in die weltweite Antiterrorkampagne tragen sie nicht mit. Auch sie sprechen zwar von Terror, *trennen* aber zwischen den militanten Gruppen und der PA. Trotz wiederholter Anmahnungen aus Jerusalem weigern sie sich, mehr als den jeweiligen „militärischen Arm“ der radikalen Palästinensergruppen in *ihrer* Liste der Terrororganisationen aufzunehmen. Sie reden nach wie vor von „der Spirale der Gewalt“, obwohl sich Sharon immer wieder gegen die darin enthaltene Gleichsetzung verwahrt. Und sie beharren vor allem darauf, dass nur eine „Initiative der Internationalen Gemeinschaft“ den „Teufelskreis der Gewalt“ durchbrechen kann, behandeln also Israel als *Partei*, der keinesfalls ein *Gewaltmonopol* über ganz Palästina zusteht. Programatisch erklären sie, das Projekt Palästinenserstaat sei für die EU keineswegs gestorben. Anfang April werden noch EU-Gelder für die PA freigegeben, die es faktisch schon gar nicht mehr gibt.

Ein Konfrontationskurs gegen Israel kommt schon deswegen nicht in Frage, weil sich Sharon – angesichts des Rückhalts durch die Amerikaner – davon ohnehin nicht beeindrucken ließe, vielmehr eher die antieuropäischen Elemente seiner Politik dadurch noch bestärkt würden. Auf Einmischung verzichten mag die EU aber deswegen noch lange nicht. Sie erklärt die amerikanischen Friedensbemühungen für „gescheitert“, – interpretiert also die amerikanische Nahost-Politik in ihrem Sinne um, um unmissverständlich ihren Willen zur Mitsprache anzudeuten: „Angesichts der Gefahr eines großen Regionalkriegs brauchen wir eine neue Vermittlung.“ (Romano Prodi)

Auch im Falle Israels halten sich Fischer und die Mehrheit seiner europäischen Amtskollegen an die zur Gewohnheit gewordene diplomatische Technik, in sämtlichen außenpolitischen Affären, bei denen amerikanische und europäische Interessen über Kreuz kommen, die beschwichtigende Formel „einer engstmöglichen Zusammenarbeit der EU mit den USA“ vorauszuschicken. Ein Eingeständnis von Schwäche ist das schon, aber keineswegs die Bekundung des Willens zur Unterordnung. Die Differenz zur Supermacht wird in der Fortsetzung der Floskel nämlich gleich nachgeschoben: „... und mit den anderen wichtigen Akteuren der internationalen Gemeinschaft, wie den UN, Russland und den arabischen Staaten“. Europa besteht darauf, dass die Lösung der Palästinenserfrage weder die alleinige Angelegenheit Israels noch der USA zu sein hat, sondern auch die der Palästinenser und insgesamt der „internationalen Gemeinschaft“, die in den UN-Resolutionen 243 und 338 längst Richtlinien für die Art der Lösung erlassen habe. Entgegen den von Israel mit amerikanischer Unterstützung durchgesetzten Verhältnissen bestehen die europäischen Außenminister auf den internationalen Rechtstiteln zugunsten Palästinas, weil sie für Europa das Recht beanspruchen, bei der Durchsetzung neuer Machtverhältnisse in dieser strategisch wichtigen Region an „Europas Peripherie“ maßgeblich mitzureden. (*Leicht aktualisierter Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT, Politische Vierteljahresschrift, Nr. 1-02*)

Immer Ärger mit dem „Humankapital“ der Nation Die Pisa-Studie - Was für ein Schock!

Oh Schmach und Schande. Das „Programme for International Student Assessment“, kurz „PISA“, bringt es an den Tag: Deutsche Schüler liegen sowohl in ihrer „Lesekompetenz“ als auch in Mathematik und Naturwissenschaften „deutlich unter dem Durchschnitt der Industrienationen“. Im Vergleich von 32 Ländern landet Deutschland nur auf den Plätzen 22 bis 25 – also weit abgeschlagen von allen Medailnenrängen. Beim Rechnen schafft es nur ein knappes Viertel der Schüler, „eine einfache Prozentaufgabe“ zu lösen. Das untere Viertel quält sich erfolglos mit „einfachsten Grundschul-Aufgaben“ ab, wäre also nicht in der Lage, mit „typischen Aufgaben der Handwerkskammer bei der Bewerbung für eine Lehrstelle“ fertig zu werden. Ähnlich schlecht sieht es bei den Naturwissenschaften aus. Beim Lesen erbringen deutsche Schüler „Spitzenwerte“ – in der Zahl derer, die gegen Ende ihrer Schulkarriere nicht einmal „Lesekompetenzstufe I“ erreicht haben, also faktisch Analphabeten sind. Selbst bei den oberen 10% der „guten Leser“ belegt Deutschland nur einen Mittelplatz. „Besonders schlecht schneiden deutsche Schüler ab, wenn sie über einen Text nachdenken und ihn bewerten sollen“. (SZ, 5.12) Und das beim Volk der „Dichter und Denker“! Wenigstens darüber sind sich nun alle einig: Die „beschämend schlechten“ Leistungen des deutschen Nachwuchses im internationalen Vergleich – „schlechter noch als Polen und die Russische Föderation“, nur „knapp besser als Mexiko und Brasilien“ – sind ein *Skandal*. Dabei zeigen sich Schulträger, Lehrer und all die anderen ideellen wie wirklichen Bildungsauftraggeber der Nation „keineswegs überrascht“ davon, dass viele deutsche Schüler über keine nennenswerten Fähigkeiten in den Grundlagen des Lesens, Schreibens und Rechnens verfügen. Der Listenplatz so „weit am unteren Ende“ der Skala sorgt allerdings für Aufregung: „Uns“ müsste doch ein internationaler Spitzenplatz zustehen – „uns“, nicht den Finnen. Verhängt ein internationaler Schulleistungs-Test über den Ertrag deutscher Schulen die Abschlussnote „ungenügend“, steht demnach weit Höheres auf dem Spiel als „nur“ die Ausstattung der Jugend mit vernünftiger Bildung: „Reputation und Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland“ (Möllemann) sind in Gefahr. Eine verräterische Sorge. Sie gibt nämlich eine erste Auskunft darüber, wofür Bildung und Erziehung in einer modernen Kulturturnation gut sind und von Staats wegen veranstaltet werden: In all ihrer nationalen Betroffenheit sehen die Freunde der Volksbildung aus Kulturministerien und Feuilleton im Arsenal der kleineren und größeren ABC-Schützen nicht mehr und nicht weniger als eine *nationale Ressource*, bei deren Aufrüstung mit den nötigsten intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Staat nichts anbrennen lassen darf, um in der Konkurrenz der „Standorte“ um Macht und Reichtum Erfolg zu haben. Zwar ist mit den Rechen- und Lesekünsten von Hauptschülern so unmittelbar kein Stich zu machen. Doch wenn es daran vergleichsweise fehlt, und das flächendeckend, dann liegt da nach allgemeiner Einschätzung doch ein Defizit vor, ein Konkurrenznachteil von zwar unbestimmter, deswegen aber auch unabsehbarer Tragweite. Auch wenn der Nachwuchs der Nation für deren weltmarktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf noch nicht einmal vollzählig gebraucht wird: Bereitstehen soll er schon, fit und willig für jeden Gebrauch, flexibel einsetzbar und pünktlich, mit all den Fertigkeiten ausgestattet, von denen dann der Arbeitgeber nach *seiner* Bedarf so selektiv Gebrauch machen darf und machen soll, wie er es braucht – was er nicht benötigt, mag dann getrost zugrunde gehen. Darauf jedenfalls hat die rechenkundige Wirtschaftselite der Nation ein Anrecht. Und deswegen nennt Arbeitgeberpräsident Hundt es „für eine führende Industrienation einen Skandal“, wenn, wie die PISA-Studie zeigt, ein knappes Viertel der Schüler durch hoffnungsloses Unwissen seine Benutzbarkeit gefährdet. Andererseits sind solche Beschwerden doch auch wieder einigermaßen ungerecht. Denn sie treffen nur den einen Teil des staatlichen „Bildungsauftrags“ – eben das berechtigte Interesse der arbeitgebenden Elite an einem zeitgemäß nutzbaren Menschenmaterial. Zur allgemeinen Volksbildung gehört aber ein genauso gewichtiger zweiter Auftrag: die *Vorsortie-*

rung des gesellschaftlichen Nachwuchses; genauer: die *Herstellung von Unterschieden* an den jungen Leuten, die für deren gerechte und passende Verteilung auf die verschiedenen Stufen in der gegebenen *Hierarchie der Berufe* sorgen. Die Auslese, die für den Arbeitsmarkt getroffen wird, findet vor ihm statt, und zwar über die unterschiedliche *Zuteilung* von Bildung nach dem ebenso funktionalen wie gerechten Grundsatz: *Wer länger* braucht, kriegt *weniger Zeit* zum Lernen; wer nicht planmäßig mitkommt oder mitmacht, kriegt nicht umso mehr, sondern umso *weniger Unterricht*. Die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten intellektueller Art geschieht nämlich im Hinblick auf *Prüfungen*, die ausdrücklich so angelegt sind, dass sie eine gewisse Quote von „Versagern“ hervorbringen, die alsdann von weiterer Ausbildung ausgeschlossen werden. Der Bildungskanon fungiert als *Stoff*, mit dessen Hilfe die Selektion und die „Weichenstellung“ vorgenommen wird, auf die sich dann der Arbeitsmarkt mit seinem differenzierten Bedarf so nutzbringend bezieht. Und das bis hinunter zur Rekrutierung des Personals für die Abteilung Lumpenproletariat. Wenn nämlich das Wochenblatt fürs gebildete Publikum, Die Zeit, anlässlich der PISA-Studie bemerkt, dass „für manche Erstklässler die spätere Langzeitarbeitslosigkeit in der postindustriellen Gesellschaft bereits beschlossene Sache ist“, dann mögen die letzten Idealisten der marktwirtschaftlichen Menschensortierung das zwar so verstehen, als ließe sich durch emsiges Lernen die Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit überhaupt vermeiden; Tatsache ist aber – und so meint es das schlaue Blatt in seinem abgeklärten affirmativen Zynismus wohl auch –, dass diese Sorte Elend einem gehörigen Prozentsatz der Gesellschaft auf alle Fälle blüht – und dass die Schulkarriere bloß mit darüber entscheidet, *wen* es trifft. Die von den ersten Schulklassen an konsequent praktizierte Trennung zwischen „den Guten“ und dem großen Rest bringt neben einer „Elite“ und einem größeren Teil von „Nicht-Elite“ eben auch allemal einen gehörigen Schwung von definitiven Schulversagern hervor, die schon damit für ihr restliches Leben ziemlich abgeschrieben sind. Die Ergebnisse und eingetretenen Erfolge dieser schulischen Sortierungs-Bemühungen werden gerade durch die PISA-Studie eindrucksvoll bestätigt: 22% der Schüler verrotten „auf der untersten Niveaustufe“ – ungefähr haargenau der Anteil, den das Subproletariat in „unserer postindustriellen Bildungsgesellschaft“ ausmacht. So passend und gerecht zugleich organisiert das Schulsystem der Republik die Verteilung der „jungen Menschen“ auf die unterschiedlichen Klassen – und reproduziert dabei sogar mit einiger Treffsicherheit ihre Herkunft *aus* ihrer jeweiligen Klasse: „Mehr als in anderen Ländern besteht in Deutschland ein straffer Zusammenhang zwischen sozialer Stellung der Familien und schulischen Leistungen.“ (SZ, 5.12.) Die Nachkommenschaft der unteren wie der oberen Schichten landet also nach ihrer Teilnahme an den öffentlichen Bildungsveranstaltungen wieder dort, wo sie herkommt – und es gibt immer noch Leute, die sich darüber wundern. Als wäre mit den Praktiken der effektivst möglichen Auslese nicht zugleich auch schon klar, dass schulischer Erfolg der Kinder zu einem Gutteil davon abhängt, wie viel an Zeit, Geld und „Erfolgsorientierung“ ihre Familien dafür aufzuwenden vermögen, wie produktiv also im Sinne der Selektion durch Prüfungen ihre Drangsalierung durch ihre Eltern – Gen? Umwelt? – ausfällt. Und wenn sich schon der Staat ein Sparprogramm in seinem Bildungswesen verordnet und seinen einstmals selbstverordneten Auftrag, für „gleiche Bildungschancen“ und ein paar Arbeiterkinder an den Universitäten zu sorgen, ersatzlos zugunsten von „gezielter Förderung von Spitzenbegabungen“ und kostengünstiger Abwicklung für den Rest gestrichen hat, dann gilt der Maßstab des Geldes eben auch ungebremst für die Schulerfolge der lieben Kleinen. Bildung ist eine Klassenfrage – das deckt die PISA-Studie ganz nebenher wieder einmal auf.

Und das geniert im modernen Klassenstaat, Marke BRD, im Grunde auch niemanden mehr; ein paar alte hartgesottene GEWler vielleicht ausgenommen. Wenn es in der besten aller Welten für einen nicht unbeachtlichen

Die Sozialistische Gruppe (SG) veranstaltet mittwochs 14-tägig einen Diskussionstermin, der allen Interessierten offen steht.

Marktwirtschaft

Marktwirtschaft ist ein Name für die Produktionsweise, die nach dem Ende des Sozialismus überall auf der Welt herrscht – und zwar ein verlogener. Bei historisch vergangenen Formen findet man es richtig, die Wirtschaft durch den in ihr herrschenden ökonomischen Zweck zu charakterisieren, z.B. *Subsistenzwirtschaft* und *Merkantilsystem*. Auch nach der jeweils herrschenden Klasse und der Stellung der Arbeitenden wurden historische Produktionsweisen korrekt benannt – *Sklavenwirtschaft*, *feudale Produktionsverhältnisse*. Die heutige Wirtschaftsform soll sich dagegen von anderen nicht durch einen vorherrschenden Zweck des Wirtschaftens und nicht durch eine charakteristische Stellung der Herrschenden bzw. der Arbeitenden auszeichnen, sondern ausschließlich durch eine – angeblich hoch effiziente – *ökonomische Verkehrsform*, einen *Steuerungsmechanismus für Wirtschaftsprozesse*.

Dabei ist das Lob der sagenhaften Effizienz des Marktes verräterisch: Er, heißt es, zwingt die Produzenten, wirklich nachgefragte Güter herzustellen, und die Konsumenten, je nach Größe ihres Geldbeutels aus dem Güterangebot auszuwählen und ihr persönliches Nutzenoptimum zu suchen. Dass die einen also Gründe hätten, etwas anderes herzustellen als das, was die Menschen brauchen, wird ebenso stillschweigend unterstellt, wie der Umstand, dass die Befriedigung der Bedürfnisse gar nicht herauskommt, wenn Leute sich beim Kaufen beschränken müssen und das, was sie brauchen, sich danach bestimmt, was sie zahlen können. Der wunderbare Markt scheint nur Probleme zu lösen, die es ausschließlich wegen der Marktwirtschaft gibt!

Tatsächlich ist der Markt auch keine abstrakte Methode der „Koordination wirtschaftlichen Handelns“, die sich für beliebig humane Zwecke nutzen ließe. Er ist die ökonomische Verkehrsform des Kapitalismus, in der alle seine Konsequenzen samt Armut und Reichtum, Arbeitslosigkeit der einen und Überarbeit der anderen schon voll drinstecken. Wie das alles drinsteckt – wird näher erläutert am

Mittwoch, 24. April 2002, 19.30 Uhr
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1. OG), Erlangen

Mittwoch, 8. Mai 2002
Fortsetzung des Themas „Marktwirtschaft“

Weitere Termine im Sommersemester 2002: 22. Mai, 5. Juni, 19. Juni, 3. Juli, 17. Juli

Weitere Informationen und Texte unter
www.sozialistischegruppe.de

Prozentsatz der Bevölkerung den Status des gesellschaftlichen Abschaums gibt, dann spricht das heutzutage nicht gegen diese Welt. Es spricht bloß trotz allem nicht unbedingt für ein Bildungswesen, das einen Großteil seiner Absolventen noch nicht einmal dazu befähigt, den Konkurrenzkampf um Auf- oder Abstieg in der Welt der Lohnarbeit überhaupt so richtig aufzunehmen. Das entscheidende Urteil über Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit des nachwachsenden Menschenmaterials sollte dann doch „der Arbeitsmarkt“ treffen; so brauchbar sollten die Jugendlichen also auf alle Fälle sein, dass die Arbeitgeber die uneingeschränkte freie Auswahl haben. Was sich übrigens, ohne dass auch nur irgendetwas anderes gemeint wäre, auch so ausdrücken lässt: Jeder Einzelne soll *seine Chance* haben, das Optimum an Erwerbsfähigkeit aus sich herauszuholen und im Berufsalltag seinen gerechten Platz zu finden. So buchstabiert sich „Ressource“ menschenfreundlich.

Schließlich gibt es oberhalb der herrschenden Brauchbarkeits- und Sortierungsgesichtspunkte noch ein höheres Recht auf Bildung, aus dem der dritte Teil des öffentlichen Auftrags an ein nationales Schulsystem folgt: Einem modernen Kulturstaat ist daran gelegen, seinem Volk und dessen Jugend die Grundaustattung eines *anständigen Staatsbürgers* mit auf den Lebensweg zu geben. Recht viel an Bildung braucht es – der nicht aussterben wollenden, idealistischen Verwechslung von Volksbildung mit einem gebildeten Volk zum Trotz – dafür zwar nicht. Aber ein einigermaßen anstelliger Umgang mit Formularen, Wahlzetteln und der Lektüre der Bild-Zeitung, eine solide „Verankerung in der abendländischen Wertegemeinschaft“ und das Wissen, wo die persönliche Freiheit endet, und dass man Gewalt nur in staatlichem Auftrag anwenden darf – mit so viel geistigem Rüstzeug soll ein nützliches Volk schon versehen sein. So gänzlich ohne alle Fertigkeiten im Umgang mit der Sprache aller Deutschen, dass es am Ende *dafür* nicht mehr reicht, darf ein zuverlässiger Nationalist nun eben auch nicht sein: So viel Lesekompetenz muss sein. Und in dieser Hinsicht gibt die massenhafte geistige Verelendung der Jungmannschaft dem Herrn über Erziehung und Ausbildung Anlass zu einer gelinden Besorgnis; nämlich: wie gut und wie zuverlässig sich mit einem – nicht nur im internationalen Vergleich – derart großen „Sumpf“ an Bildungsdefiziten Staat machen lässt. Diese Sorge wird dadurch noch verschärft, dass sich das jugendliche Lumpenproletariat zu einem ansehnlichen großen Teil aus Nicht-Deutschen zusammensetzt, an deren nationaler Zuverläss-

igkeit ohnehin schon sehr prinzipielle Zweifel bestehen. Da braucht der Bundespräsident „kein Prophet zu sein, um zu erkennen, dass wir es in den kommenden Jahren mit noch größeren Integrationsproblemen zu tun bekommen, wenn wir die Kindergärten und Grundschulen nicht so umgestalten und ausstatten, dass sie ihren Beitrag zu einer gelungenen Integration leisten können“ (Rau am 10.1.). Sonst wächst der Nation nämlich am Ende eine Fünfte Kolonne aus lauter ebenso nutz- wie heimatlosen Gesellen heran, deren nationaler Gesinnung man überhaupt nicht mehr über den Weg trauen kann.

So bewegt der „Schock“ der PISA-Studie dann doch einiges. Eine Bildungskonferenz der Kultusminister unterbreitet ein „Sofort-Programm“; und was da gefordert wird, fordern die zahlreichen sonstigen Experten in ihren Leitartikeln und Leserbriefen auch: Die Schüler sollen früher das Lernen anfangen oder auch früher damit wieder aufhören oder auch beides; die Schulen haben „zu viel Wissen vermittelt“ oder auch chronisch „die Schüler unterfordert“, in jedem Falle aber „die Vermittlung von Werten vernachlässigt“; die Lehrer haben versagt und „leseschwache Schüler“ zwar aussortiert, nicht aber „erkannt“ und gehörend „weitergebildet“; die Eltern haben versagt und ihren Kindern „bildgebende Medien“ statt „Lesekompetenz“ vermittelt und gehören „entlastet“; die „deutschen Schüler sind zu doof“, verweigern das „Lesen in der Freizeit“ und bevorzugen „Gameboy statt Goethe“ – da hat der ganze „Harry Potter“ nichts genützt; Ganztagschulen sollen „Begabte besser fördern“, aber auch „Benachteiligten ausgleichen“; Gesamtschulen, in denen die irreversiblen Weichenstellungen für die künftige Klassenzugehörigkeit nicht schon nach 4 Jahren, sondern erst nach der 10. Klasse gesetzt werden, sollen dem Problem abhelfen; chronischen „Schulschwänzern“, die sich ihrer Bildungspflicht entziehen, sollte mit vermehrtem Einsatz von Schulbulln das Handwerk gelegt werden; und für das Problem des „hohen Ausländeranteils in deutschen Hauptschulen“, der ja der eigentliche Grund des Übels ist, weil er unseren ansonsten so schönen deutschen Durchschnitt versaut, hat Niedersachsens mathematisch gebildeter SPD-Ministerpräsident Gabriel die überzeugende Lösung parat: strikte Begrenzung des Ausländeranteils in den Schulklassen – da hat er den CDU-Koch aus Hessen aber sauber ausgebremst!

Bei der Elite braucht sich der Klassenstaat um seine Volksbildung keine Sorgen zu machen. (Nachdruck aus: *GEGENSTANDPUNKT, Politische Vierteljahreszeitschrift*, Nr. 1-02)